

Beschäftigungspolitisches Sofortprogramm ohne Sozialabbau

Die Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik hat ein Sondermemorandum „Mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit – Alternativen zum Krisenkurs der Wirtschaftspolitik“ zum 20. Oktober 1982 vorgelegt. Ihr „Beschäftigungspolitisches Sofortprogramm ohne Sozialabbau“ umfasst folgende Vorschläge:

- ein zeitlich befristetes Verbot von Massenentlassungen durch eine entsprechende AFG-Regelung, wobei zum Ausgleich nachgewiesener Verluste infolge der Arbeitsplatzhaltung politisch kontrollierte Subventionen eingreifen sollen, bis die übrigen vorgeschlagenen Maßnahmen wirken;
- ein Sonderbeschäftigungsprogramm von 20 Mrd. DM in folgenden Bereichen gesellschaftlicher Daseins- und Zukunftsvorsorge:
 - Maßnahmen zum Wohnungsbau und zur Wohnungsmodernisierung
 - Wiederherstellung und Verbesserung der Umweltqualität (Abwässerreinigung, Lärmschutz, Wasserversorgung, Müllbeseitigung und -Wiederaufbereitung, Regionalprogramme wie „Bodensee-Rhein-“ und „Weser-Elbe“-Programm)
 - Verbesserung der beruflichen Bildung und Weiterbildung (Ausbau über- und außerbetrieblicher Ausbildungsstätten vor allem in strukturschwachen Regionen, Ausnutzung vorhandener Kapazitäten in der schulischen Bildung durch Einstellung zusätzlicher Lehrer)
 - Ausbau der Städtebausanierung unter Beteiligung der Anwohner (Grünzone, Lärmbekämpfung, Erholungsgebiete)
 - Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
 - Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt (Verringerung der Lärm-, Staub- und Schmutzbelastung, Reduzierung schädlicher Arbeitsstoffe)
 - Ausbau öffentlicher Dienstleistungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen (Alten-, Jugend-, Behindertenhilfe, Ausländerbetreuung, Betreuung von Suchtkranken)

Ausbau und Verbesserung des Gesundheitswesens.

- eine Reihe von finanz- und steuerpolitischen Vorschlägen zur „Arbeitsplatzsicherung ohne Sozialabbau“;
- Einführung eines Arbeitsmarktbeitrages für alle Erwerbstätigen (4 Mrd. DM Aufkommen) und einer Arbeitgeberumlage (1,4 Mrd. DM) zur Verbesserung der Finanzlage der BA;
- Ausweitung staatlicher Nettokreditaufnahme und Rücknahme der Sparbeschlüsse im Sozialbereich;
- alle Bereiche der Wirtschaftspolitik sollen für eine aktive Strategie zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zusammenwirken: Zinssenkung, Stärkung realer Masseneinkommen, beschäftigungssichernde Wirtschaftsstrukturpolitik, Fortsetzung und Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie Arbeitszeitverkürzung als zentrales Element aktiver Beschäftigungspolitik.

Nach: Arbeitsgruppe: Alternativen der Wirtschaftspolitik: Mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit – Alternativen zum Krisenkurs der Wirtschaftspolitik, Sondermemorandum 20. Oktober 1982.

